



### Die Getreidefragen

#### vor dem Handelspolitischen Ausschuss

Berlin, 27. Juni. Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags beriet am Mittwoch nachmittag die zu den Getreidefragen vorliegenden Anträge. Von sämtlichen Regierungsparteien liegt ein Antrag vor, wonach die Mühlen, die ausländischen Weizen vermahlen, verpflichtet werden sollen, vom 1. August bis 30. November 1929 mindestens 40 v. H. und dann bis zum 31. Juli 1930 mindestens 30 v. H. Inlandsweizen zu vermahlen. Für Mühlen, die eine Leistungsfähigkeit von mehr als 20 000 Kg. Weizen innerhalb 24 Stunden aufweisen, soll der Minister den Prozentsatz erhöhen können. Er soll weiter die Ermächtigung erhalten, an Stelle dieser Bestimmungen anzuordnen, daß die Mühlen nur Weizen herstellen dürfen, das zu mindestens 30 v. H. aus Inlandsweizen besteht. Ferner soll er die Bestimmungen ändern können, wenn die Höhe des Getreide- oder Brotpreises dies erfordert.

In der Aussprache über diesen Antrag erklärte der deutsch-nationale Abgeordnete Schiele, daß auf diese Weise eine Besserstellung der Landwirtschaft nicht erreicht werde. In Anbetracht der handelspolitischen Bindung biete nur eine monopolistische Regelung die Gewähr für eine auskömmliche Preisgestaltung. Der Redner kündigte einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, Bestimmungen zu treffen, damit im Wirtschaftsjahr 1929 auf 1930 die Weizen- und Roggenpreise nicht um mehr als 6 v. H. nach oben oder unten von einem Durchschnittspreis von 260 bzw. 230 Mark je Tonne abweichen und damit ferner die Brotpreise nicht über den Durchschnitt der 12 Monate Juli 1928 bis Juni 1929 steigen.

Nach längerer Aussprache wurden Anträge auf Beseitigung sämtlicher Zwischenzölle mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Mit 15 gegen 10 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde ein Antrag angenommen, der Aufhebung der autonomen Zölle für Getreide mit Ausnahme von Gerste bringt. Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-französischen Handelsabkommen über die Beseitigung der Bindung des Wehzwolls vorläufig in Kraft zu setzen. Mit 17 Stimmen wurde dann auch der Antrag der Regierungsparteien über den Wahlzwang genehmigt. Die Anträge über das Getreidemonopol wurden auf Wunsch der Antragsteller zurückgestellt.

### England über kommende Konferenz

London, 27. Juni. „Times“ stellt fest, daß die britische Regierung in Paris und Berlin um eine Äußerung der betreffenden Regierungen hinsichtlich ihrer Ansichten über die Organisation der kommenden Reparationskonferenz ersucht und gleichzeitig darauf hingewiesen hat, daß die Mitglieder der eben erst aus Ruher gekommenen englischen Regierung nur unter Schwierigkeiten es möglich machen könnten, London längere Zeit zu verlassen, weshalb nach ihrer Ansicht die englische Hauptstadt der geeignete Platz für die Konferenz sei. Die belgische und die italienische Regierung hätten eine gleichartige Mitteilung erhalten.

Von deutscher Seite liege eine Antwort vor und zwar in dem Sinne, daß die Argumente zugunsten Londons als Konferenzort nicht leicht beiseite geschoben werden könnten.

Die Antwort Frankreichs werde für heute oder morgen erwartet. Nach der „Times“ ist die englische Regierung gewillt, den Sachverständigenplan zu ratifizieren, beabsichtigt aber, auf der Konferenz die Frage der Verteilung der von Deutschland eingehenden Summen sowie die Frage der Sachlieferungen anzuschneiden, hinsichtlich deren man beispielsweise in England der Ansicht ist, daß die Vierzehntel von Reparationskohle an Italien einen ungerechtfertigten Wettbewerb mit der englischen Kohle darstelle. In einem Leitartikel zu demselben Thema vertritt das Blatt die Ansicht, daß die Beratung über den Sachverständigenbericht nicht lediglich eine Formalität sein werde, sondern daß es über gewisse Fragen zu hartnäckigen und langwierigen Verhandlungen kommen werde. Bei Begründung dieser Auffassung beschäftigt sich das Blatt sehr eingehend mit den beiden Reden des Reichsministers Dr. Stresemann in Reichstag und polemisiert sowohl gegen die Äußerungen Dr. Stresemanns über die britischen Verschmelzungspläne in Ostafrika wie gegen die von Dr. Stresemann ausgesprochene Annahme, daß Deutschland schließlich einen aktiven Anteil am Mandatssystem des Völkerbundes nehmen werde. „Times“ bestreitet, daß die Vorschläge der Hilton-Young-Kommission mit dem Charakter des ostafrikanischen Völkerbundsmandates unvereinbar seien. Stresemann, der sich mit einer gewissen Begeisterung über Kontinuität der britischen Außenpolitik geäußert habe, könne gewiß sein, daß diese Kontinuität auch in der Politik

### Tagespiegel

Im besetzten Gebiet sind auch die Trauergottesdienste in den Kirchen verboten worden.

Der württembergische Landtag wird heute gegen die Kriegsschuldfrage demonstrieren.

Ministerialdirektor Dr. Ritter ist heute vormittag in Brüssel eingetroffen und hat die Besprechungen mit dem belgischen Delegierten Gull über die Frage der in Belgien ausgegebenen Markbanknoten am Nachmittag wieder aufgenommen.

der gegenwärtigen englischen Regierung zeigen werde, und daß, solange nicht die Mandatskommission die Verwaltung des Tanganjika-Gebietes wegen Verstoßes gegen die Grundzüge des Völkerbundes verurteilt, kein Anlaß für die Übertragung dieses besonderen Mandates in andere Hände gegeben sei.

Schleifmann beschäftigt sich „Times“ mit den Äußerungen Dr. Stresemanns zur Saarfrage und glaubt, die Verbindung der Forderung auf Räumung des Rheinlandes mit der auf Rückgabe des Saargebietes als bedauerlich und als eine Belastung des Programms der kommenden Konferenz hinstellen zu müssen. Hinsichtlich eines vorzeitigen Aufhörens der französischen Rechte im Saargebiet sei im Versailler Vertrag jedoch nichts vorgesehen, eine Änderung in dieser Hinsicht bedeute eine Aenderung des Vertrages von Versailles, für die voraussichtlich die Zustimmung aller seiner Unterzeichner notwendig sein würde. Eine Aufwerfung dieser Frage auf der kommenden Konferenz müsse daher ihre Arbeit übermäßig kompliziert gestalten.

### Neue Nachrichten

#### Württemberg gegen die Kriegsschuldfrage

##### Eine Kundgebung im Landtag

Stuttgart, 27. Juni. In der Freitagssitzung des Landtags wird der Staatspräsident Dr. Holz in feierlicher Ansprache gegen die Kriegsschuldfrage demonstrieren. Die staatlichen und städtischen Gebäude in Stuttgart werden morgen aus Anlaß der zehnjährigen Wiederverkehr des Friedensvertrages halbmaß beflaggt.

#### Keine Trauergottesdienste im besetzten Gebiet

Koblenz, 27. Juni. Die evangelische Gemeinde Koblenz hatte zur Würdigung der 10. Wiederkehr des Tages, an dem das Versailler Diktat unterschrieben werden mußte, zu einem Trauergottesdienst eingeladen. Nachdem die Rheinlandkommission ein striktes Verbot für Kundgebungen zum 28. Juni ausgesprochen hatte, mußte die evangelische Gemeinde ihren Trauergottesdienst unter dem Zwang des Verbots der Besatzung ab sagen.

#### Eine demokratische preussische Landtagsfraktion zum preussischen Konfordat

Berlin, 27. Juni. Die demokratische Fraktion des preussischen Landtags kündigt für die Beratung des Konfordats einen Antrag an, die Staatsregierung zu ersuchen, alsbald Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen aufzunehmen und dem Landtag gleichwertige Verträge vorzulegen.

#### Griechenland ist unzufrieden

London, 27. Juni. „Times“ berichtet aus Athen: In dortigen amtlichen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß Griechenland im Young-Plan ungerührt behandelt worden ist. Benizelos verheimlichte unserem Berichterstatter nicht seine große Enttäuschung und drückte die Befürchtung aus, daß die Ratifizierung des Young-Plans ein vernichtender Schlag für Griechenland sein würde. (Vielleicht sind auch noch andere Mächte bei Verteilung der Beute schlecht weggekommen.)

#### Ultimatum der Wirtschaftspartei

##### Wohnheimkältengesetz oder Schutz der Republik?

Berlin, 27. Juni. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der sie sich gegen die am Mittwoch erfolgte Verabschiedung der sozialdemokratischen Entschlüsselung auf Einbringung eines Wohnheimkältengesetzes und erklärt, daß sie darnach nicht mehr in der Lage sei, den Parteien weiter entgegenzukommen und für die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes zu stimmen. Nach dieser Erklärung scheint die notwendige Zweidrittelmehrheit für das Gesetz nicht mehr ausgebracht zu werden. Die Abstimmung im Reichstag wurde verschoben.

#### Der Danziger Volkstag zur Versailles-Kundgebung

Danzig, 27. Juni. Am Volkstag wurde zu Beginn der heutigen Sitzung anlässlich der 10. Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages eine von sämtlichen deutschen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichnete Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: Der Friedensvertrag löst die fast rein deutsche Bevölkerung der Freien Stadt Danzig gegen ihren ausgesprochenen Willen vom Deutschen Reiche. Schwere seelische und wirtschaftliche Belastungen sind für unser Land dadurch eingetreten. Aber die Freie Stadt Danzig hat in den vergangenen 10 Jahren die ihr durch den Vertrag auferlegten Pflichten loyal erfüllt. Am heutigen Gedentage senden wir dem deutschen Volke unsere brüderlichen Grüße.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 27. Juni. Man eilt, denn man will fertig sein. Aber es gibt Hindernisse. Der Gesetzentwurf über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens wird nach kurzer Aussprache dem Ausschuss überwiesen und damit bis zum Spätsommer vertagt. Gegen die Stimmen der Deutschen, der Bauernpartei und der Wirtschaftspolizei geht also der Betrag weiter, wird die Landwirtschaft um ein wichtiges Gesetz geprellt. Genau so geht es mit der Vorlage über die Verpflichtung der Mühlen zur Vermahlung eines gewissen Prozentsatzes inländischen Getreides und den Anträgen über Getreide- und Futtermittelzölle. Sozialdemokraten und Kommunisten erheben gegen die Beratung Widerspruch, da die Drucksachen noch nicht vorliegen, und ihrem Widerspruch wird Folge gegeben.

Umgekehrt erhebt nun Graf Westarp aus denselben Gründen Widerspruch gegen die 2. Beratung der „Reg Brüning“ über Lohnsteuererwendung für sozialistische Zwecke und gegen die sofortige Weiterführung der 3. Lesung des Staats. Die Sitzung muß für eine ganze Stunde unterbrochen werden, um inzwischen die Schwierigkeiten zu beheben. In der neuen Sitzung schlägt Löbe vor, die Getreideanträge und die Novelle zu den Steuererlassen um 5 Uhr nachmittags zu verhandeln. Bis dahin hätten die Parteien ausreichend Gelegenheit zur Vorbereitung von Änderungsanträgen. Der erneute Widerspruch des Grafen Westarp wird von der Großen Koalition abgelehnt und die Aussprache zu den einzelnen Staats werden fortgesetzt. Ueber Ruhegehälter, über ungerechte Verfolgung von Beamten, die dem „Stahlhelm“ angehören, und andere Dinge werden von verschiedenen Seiten Beschwerden und Wünsche geäußert.

### Würtf. Landtag

#### Hofen nach Stuttgart eingemeldet / Die Hochschulverlegung beschlossen / Ausbau der Kunstgewerbeschule

Stuttgart, 27. Juni.

In der gestrigen Landtagsitzung wurde über die Verlegung der Technischen Hochschule polemisiert. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) vertrat die Auffassung, daß zunächst ein Platz gefunden werden müsse, der später die Neuanlage aufnehmen könne. Die Leistungsfähigkeit der Hochschule lasse sich nur aufrecht erhalten, wenn die bestehenden Mängel planmäßig behoben würden. Der Landtag könne über die Platzfrage nur entscheiden, wenn er von der Regierung die nötigen Unterlagen besitze. Ludwigsburg komme nicht in Frage, weil nur allmählich gebaut werden könne. Der Abg. Kling (C.D.) vertrat die Ansicht, daß man auf dem Platz an der Wiederholdstraße noch einige Institute erbauen könnte. Der Abg. Hartmann (D.P.) hielt das Weihenbosprojekt für die geeignete Lösung. Der Abg. Dr. W. W. erklärte, wenn viele aus dem Volke ein akademisches Studium ergreifen wollen, so dürfe sie der Staat nicht daran hindern. Bildungsfimmel liege nur vor, wenn Leute, die keine Wissenschaft brauchen, doch in akademische Berufe hineinwollen. Volksschüler brauchten von ihren Lehrern nur Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen und nicht mit Wissenschaft gepöppelt zu werden. Der Redner erklärte sich für das Weihenbosprojekt und meinte, man könne keinen neuen Lappen an ein altes Tuch. Am alten Platz könne unmöglich gebaut werden.

Im Landtag wurden heute zunächst der dritte Nachtragetat und der Gesetzentwurf über die Vereinigung von Hofen mit Stuttgart in allen drei Lesungen angenommen. Dann folgte die Beratung des Kultetats fort. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) begründete einen Antrag, die Ausbildung des künstlerischen Nachwuchses dadurch zu fördern und auf einer den Zeitbedürfnissen entsprechenden Höhe zu halten, daß bis zum Zeitpunkt der Errichtung der vereinigten Kunsthochschule in die Akademie der bildenden Künste eine den Bedürfnissen des Unterrichts entsprechende Ergänzung ihres Lehrkörpers erfährt. Der Abg. Heumann (S.) beantragte,





